

Pränumerations-Preise:

Table with 2 columns: Subscription type (Annual, Half-yearly, Quarterly) and Price (with/without postage).

Er scheint täglich, mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Feiertagen

Wiener Zeitung

Redactions- u. Administrations-Bureau

Redaction and administration details including address and contact information.

Nro 41.

Samstag den 20. Februar 1869

XVIII. Jahrgang.

Königliches Rescript.

Wir Franz Josef der Erste, von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen etc. und Apostolischer König von Ungarn.

Liebe Getreue!

Da es zu Unseren Herrscherpflichten gehört, über die treue und pünktliche Durchführung der Geseze zu wachen:

Da S. 1 des IV. G. A. 1848 die alljährliche Einberufung des Reichstages nach Pest anordnet; und da die moralischen und materiellen Interessen der Nation die je schleunigere Lösung zahlreicher in der Schwere befindlichen Fragen erheischen:

So haben Wir auf Antrag Unseres Ministerrathes beschlossen, die Stände und Vertreter des am 20. April l. J. zu eröffnenden Reichstages in die f. Freistadt Pest einzuberufen.

Demzufolge beauftragen wir Euch ernstlich: alle jene Verfügungen unverzüglich zu treffen, die im Sinne des Gesezes notwendig sind, daß die laut des im Jahre 1847/48 an dem Preshburger Reichstag geschaffenen V., und an dem 1848er Klausenburger Landtage geschaffenen II. G. A., und schließlich in der durch den S. 4 des 43. G. A. 1868 angeordneten Weise und Anzahl zu wählenden Deputirten an dem oben bezeichneten Reichstag erscheinen können und die Wirksamkeit der Legislative an dem genannten Tage und Orte unbehindert beginnen könne.

Gegeben zu Wien am 6. Februar des Jahres Eintauendachtundsechzigste.

Franz Josef p. m. Graf Julius Andrássy m. p.

Politische Uebersicht.

Arad, 19. Februar.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ citirt in ihrer jüngsten Nummer den bekannten Artikel des „Constitutionnel“ über die preussisch-französische Zeitungsfehde und knüpft daran folgende Bemerkung: „Auch wir theilen das Bedauern des „Constitutionnel“, daß es zu einer solchen Polemik zwischen den diesseitigen (preussischen) und den dortigen (französischen) Organen der Presse kommen mußte, während zwischen den Bevölkerungen und Regierungen beider Länder an sich gar kein Anlaß zu einer Differenz vorliegt. Dem Wunsche des französischen Blattes, jene Polemik gegenwärtig abzuschließen, kommen wir um so lieber entgegen, als wir uns lediglich im Stande der Nothwehr bei einer Angelegenheit befinden, welche, wie Graf Bismark in der Sitzung des Herrenhauses vom 13. d. M. wieder darthat, die wichtigsten Interessen des norddeutschen Bundes des preussischen Staates betrifft.“

An einer anderen hervorragenden Stelle beschäftigt sich daselbe Organ mit einem Artikel der Berliner „Bank- und Handelszeitung“, in welchem es das Bestreben erkennen will, den Glauben zu verbreiten, als ob Preußen Absichten auf die Wiedererwerbung des Fürstenthumes Neuenburg verfolgte. Dem gegenüber läßt sich die „Nordd. Allg. Ztg.“ folgendermaßen vernehmen:

„Werden solche Phantasien nicht energisch zurückgewiesen, so sind sie geeignet, in der Schweiz Unruhe und Unfrieden hervorzurufen und die Eidgenossenschaft mit Verstimmung gegen Preußen zu erfüllen. Die nationale Politik des norddeutschen Bundes ist so klar, daß über die Stellung derselben zur Schweiz ein Zweifel gar nicht möglich ist. Die politischen Beziehungen Preußens zu diesem kleinen Theile der französisch sprechenden Bevölkerung der Schweiz haben aufgehört. Politische Verhältnisse, wie sie sonst Preußen und Neuenburg verknüpften, waren in früherer Zeit durch dynastische Interessen begründet und festgehalten. Der norddeutsche Bund verfolgt eine nationale Aufgabe und dieser gegenüber ist die Wiederherstellung der untergegangenen staatsrechtlichen Verbindung zwischen Preußen und Neuenburg eine Unmöglichkeit. In Norddeutschland leben die innigsten Wünsche für die Blüthe und die Entwicklung der Eidgenossenschaft nicht bloß bei der Bevölkerung, sondern auch bei den Regierungen.“

Die in Stuttgart erscheinende „Democrat. Correspondenz“ erzählt folgende inhaltreiche Scene, welche sich an einem Orte jenseits der Leitha (Wien) in der ersten Woche des Februar 1869 zugetragen haben soll:

„In einem vornehmen Salon treffen sich ein deutscher Gesandter und ein nichtdeutscher Minister, deren Anfangsbuchstaben möglichst weit auseinanderliegen (Anbrassy? Werther?); es entspinnt sich folgende Unterhaltung: Gesandter: Excellenz glauben doch nicht, wir machten in Ungarn Wahl- Agitationen, noch dazu mit Geld? — Minister: Excellenz, ich glaube das nicht, aber ich bin im Stande, Ihnen die Personen mit Namen zu nennen, welche für Sie agitiren, und ebenso die Personen bei Ihnen zu Hause, mit denen diese Herren in Correspondenz, in Verkehr stehen, und was die Geldfrage angeht, so kann ich Ihnen bis auf den Gulden die Mittel nachweisen, die Ihrerseits aufgewendet werden. Wenn Sie wünschen, kann ich Sie informieren, falls Sie es bedürfen. — Gesandter: Oh, oh, — Excellenz irren sich ganz gewiß — da wären Sie im Stande, uns daselbe für Romänien nachzusagen; verlassen sie sich darauf, Sie sind falsch berichtet. — Minister: Excellenz kann ich

auch für Romänien genau dasselbe nachsagen Sie haben nur zu wünschen, und ich werde Ihnen die Agenten, die Correspondenten und die verwendeten Geldmittel bis auf den letzten Gulden nachweisen.“ — Die „Democrat. Correspond.“ bemerkt weiter: „So weit die verbürgte Substanz dieses interessanten Gespräches. Den Zusatz unseres Gewährsmannes, der Gesandte sei einigermaßen betroffen gewesen, als ihn der Minister so stehen ließ müssen wir zurückweisen: auf die Angehörigen der Macht, die er vertritt, macht nichts der Art Eindruck.“ — Ganz richtig, denn sonst müßte der Gesandte jener deutschen Macht schon längst lieber seine Demission gegeben haben, als auf seinem Posten zu verbleiben.

Die belgisch-französische Eisenbahnfrage will nicht von der politischen Tagesordnung weichen. Der französische Nationalsozial ist verletzt und Frankreich muß „Genugthuung“ haben. So lautet die officiöse Phrase.

In der Wirklichkeit aber stellt sich die Sache so: Die Politik Louis Napoleon's, der seit der famosen mexicanischen Expedition nichts als Mißerfolge kennt, ist im Begriffe, eine neue Niederlage zu erleiden und immer mehr sinkt in Folge davon das Ansehen des Kaisers und seines Regiments in Frankreich. Es muß also etwas geschehen, um wenigstens dem kleinen Belgien gegenüber nicht als der Besiegte zu erscheinen.

Was für „Satisfaction“ verlangt wird, das erheilt aus einem Artikel des „Public“, eines Blattes, welches dem „Vicekaiser“ oder „Großvezier“, dem Staatsminister Rouher gehört. Der „Public“ sagt, der Conflict könne nur durch den Sturz des Brüsseler Cabinets gelöst werden. Napoleon verlangt also den Rücktritt des jetzigen belgischen Ministeriums. Würde sich Belgien fügen, dann hat es auf seine Selbstständigkeit verzichtet. Was aber dann, wenn der König sein Ministerium nicht entlassen sollte?

Auf diese Frage gibt der „Public“ die dunkle Antwort, daß alsdann Frankreich „legitime Repressalien“ üben werde. Worin diese bestehen sollen, in den Einrückungen einer französischen Armee, oder in dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen, oder in der Verfolgung belgischer Unterthanen, die in Frankreich Geschäfte betreiben das läßt sich schwer entscheiden und wahrscheinlich weiß es in diesem Augenblicke Napoleon selbst nicht, was er aus diesen angedrohten „legitimen Repressalien“ machen soll.

Diese belgische Frage scheint übrigens gerade deshalb in Paris so ernst angefaßt worden zu sein, weil der Verdacht vorliegt, daß Preußen hinter der Angelegenheit steckt. Vor einiger Zeit erschien in der „Kreuzzeitung“, ohne daß ein sichtlicher Anlaß dazu vorhanden gewesen wäre, ein Artikel, worin den Belgiern der mächtige Schutz Preußens zugesagt wird. Nun will aller Wahrscheinlichkeit nach Napoleon probiren, wie weit dieser Schutz gehen wird. Solche Experimente sind aber für den Frieden stets sehr halbbrecherischer Natur.

Unangenehm hat es auch in Paris berührt, daß neben der Königin Victoria auch der König von Preußen in Folge der an ihn ergangenen Einladung bei den Feierlichkeiten der Taufe des unlängst geborenen Sohnes des Grafen von Paris sich durch einen hohen Würdenträger vertreten lassen werde.

König Victor Emanuel ist am 14. d. M. um 4 Uhr Morgens von seinem Ausfluge nach Neapel wieder in Florenz eingetroffen.

Der Genueser „Movimento“ veröffentlicht ein aus Paris vom 2. d. M. datirtes, an Garibaldi gerichtetes Schreiben eines Präsidenten der sogenannten provisorischen Regierung von Creta. Der Verfasser des an sicherem Orte geschriebenen Briefes bittet den General Garibaldi um Hilfe mit dem Bemerkten, daß Creta nur mehr auf ihn und die Vereinigten Staaten hoffen zu können vermöge. Garibaldi lie; mit seiner ebenfalls vom „Movimento“ veröffentlichten Antwort nicht lange auf sich warten. Sie ist, wenn möglich, in noch überschwänglicheren Ausdrücken als seine sonstigen Schriftstücke verfaßt. Europa und seine Monarchen werden mit den bittersten Epitheten verunglimpft und dem Kaiser Napoleon vorzugsweise die Schuld an dem Scheitern des cretischen Aufstandes beigemessen. Von den Italienern, die sich mit den Vergnügungen des Carnevals und den Obliegenheiten der Fastenzeit beschäftigen, hätte Creta auch nichts zu erwarten, wohl aber würden die Macebonier, Theffalier, Serben, Montenegroer, Romänen etc. der Brüder des alten Hellas nicht vergessen und auch America werde die Bruderhand helfend darreichen.

Der „Liberté“ versichert man, daß Don Fernando von Portugal die Candidatur für den spanischen Thron angenommen hat; Dlozaga hätte seine Entlassung als Botschafter in Paris und als Mitglied der Cortes gegeben.

Einem Berichte aus Madrid, 13. d., entnehmen wir Folgendes: „Die Republikaner bemühen sich, eine complete Veränderung in den gouvemenentalen Sphären hervorzubringen, und sie hoffen, daß ihre Partei im Ministerium wie in der Provinzial-Verwaltung vertreten sein wird. Ich für meinen Theil glaube nicht, daß sie diesmal bereits ein Minister-Portefeuille oder eine Provinzial-Gouverneurstelle erlangen werden, allein die 63 Stimmen, die sie in der Kammer besitzen, sind bedeutend genug, um zu verhindern, daß die Revolution nicht aus ihrer naturgemäßen Bahn lenke. Die Presse im Allgemeinen (mit Ausnahme der legitimistischen und republikanischen) lobt die Rede des Marjchalls Serrano, welche als ein Aufruf zur Einigung Aller angesehen wird, zur Einigung, deren Spanien höchst nöthig bedarf, um aus dem Geleise herauszukommen, in die es die Irrthümer eines halben Jahrhunderts gerorfen haben.“

H. P. Paris, 15. Febr.

(Original-Correspondenz.)

Herr Lavalette ist gewöhnlich sehr unzufrieden, daß in diesem Augenblicke „La France“ und „Constitutionnel“ den Federkampf mit der „Nordd. Allg.“ ausgenommen haben, und Herr Bandvillart wurde von dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten um Aufklärung ersucht. Es scheint der Fall zu sein, daß Herr Rouher diese Auskünfte Herrn Lavalette persönlich erteilte und der Staatsminister die Gewißheit hat, daß die Allianz Frankreichs, Oesterreichs und Italiens nicht mehr ein Märchen, sondern factische Thatsache ist.

Der „Italienischen Correspondenz“ entnehmen wir die Aufklärung, warum Victor Emanuel so eilig Neapel verlassen hat. Wir geben diese Nachricht, ohne die Verantwortung zu übernehmen, der König wurde nicht besonders gut in Neapel empfangen, ja derselbe ist sogar in seinem eigenen Palais mittelst einer Bombe verwundet worden, welche unter seinen Füßen explodirte.

Aus Spanien lauten die Nachrichten noch sehr trübe. Hier macht man sich bezüglich der Stärke der Carlisten und Isabellisten große Illusionen. Die letzteren sprengen das Gerücht aus, daß bei der Eröffnung der Session das Manifest der Königin vorgelesen, und daß ein Protest zu Gunsten der Verbannten vorgebracht werden wird. Die Carlisten sind noch naiver. Don Carlos wird an die Grenze von Spanien zwei Generale senden in der Verkleidung von Volksvertretern vom reinsten Wasser. Außerdem ließ derselbe bei seinem Schneider andere Kleider für die beiden Generale machen. Ob sich die Spanier auf diese Weise werden täuschen lassen, ist eine andere Frage.

In der Vorwoche brachte die „Königliche Zeitung“ einen Artikel, worin dieselbe von einer directen Correspondenz zwischen Napoleon und Victor Emanuel erwähnte, mit der Schlußbemerkung, daß Oesterreich zu der Allianz einbezogen wurde, gegen Abtretung Südtirols an Italien. Diese Nachricht haben wir einzig und allein aufrecht erhalten, bemerkten jedoch, daß der Passus, der sich auf Oesterreich bezieht, falsch und erlogen wäre. Der Briefwechsel fand vor 9 Monaten statt, und wir wundern uns nur, daß die sonst so gut unterrichtete „Französische Correspondenz“ des Herrn Landberg, die doch so hoch officiös ist mit dem Chorus der Dementirungs- beschwörungen ihre Stimme ertönen ließ. Wahrlich, wenn dieser Herr nicht bessere Informationen hat, so ist derselbe zu bedauern, heute findet er diese Nachricht in den französischen officiellen Blättern schon bestätigt.

Unser Correspondent aus Brüssel schreibt uns folgenden von gestern datirten Brief, die Aufregung, die hier herrscht, ist schwer zu beschreiben. Es sind zwei Parteien, die sich seit der letzten Eisenbahnaffäre in der Kammer streng von einander scheiden. Die erste Partei ist die conservative, die von einem Anschließen, selbst einem commerciellen, an Frankreich nichts wissen will. Die zweite Partei, die commercielle, befürwortet einen Anschluß, damit die theuersten Interessen Belgiens, die des Handels und der Industrie nicht geschädigt werden. Da brachte die „Nordd. Allg.“ einen Alarm-Artikel, ganz Deutschland steht Belgien zur Seite, wenn Frankreich es zu annexiren gedenkt. König Wilhelm schrieb einen eigenhändigen Brief an die Königin von England, bat die hohe Fürstin, sich bezüglich Belgiens zu äußern und bekam auffallender Weise eine ausweichende Antwort. Der König war sichtlich betroffen und seit diesem Momente weiß Herr Bismark, daß man selbst in Downings Street mit seiner Welt-Politik sehr unzufrieden ist. Lord Lyons hatte während dieser Zeit häufige Besprechungen mit dem Kaiser und Napoleon, so versichert man in hiesigen diplomatischen Kreisen, soll außerordentlich befriedigende Erklärungen bezüglich der Zukunft Belgiens erteilt haben. Diefelbe soll lauten: „Frankreich will einen innigen Anschluß Belgiens, es will aber durchaus die Gefühle eines so hochherzigen Volkes, einer so erprobten Dynastie nie und nimmer verletzen. Nie aber könnte ich es verantworten, diesen Fehler begangen zu haben, das Interesse meiner Regierung so zu missachten, daß ich die äußerste Grenze Frankreichs meinen ewigen Feinden preisgebe.“ — Sobald ich die Antwort Englands in Erfahrung bringen werde, werde ich dieselbe Ihnen sofort mittheilen.

Herr Erlanger hat mit seinem Sabel, vorderhand Fabel- unternehmung, sehr viel Mißgeschick. Der letzte Beschluß des amerikanischen Senats ist auch nicht dazu angethan, um den nach Wanaa schreienden Actionär sobald zu befriedigen. Wie wir hören, soll die Franco Austria-Bank gesonnen sein, Herrn Erlanger einen Theil von dieser Alpenthat abzulösen. Wir hoffen, daß diese junge Gesellschaft keine Veranlassung dazu geben wird, sich so schnell an einem unseligen und unsicheren Unternehmen zu verbluten.

Wahlagitation in Romänien.

Bukarest, 13. Februar.

Da nach der Verfassung nach einer Auflösung der Kammer die Wahlen binnen 40 Tagen stattfinden müssen, so hat die Regierung keine Zeit verloren, die Deputirten-Wahlen anzuvorbereiten. — Ein kaiserliches Decret bestimmt, daß das vierte Collegium, welches aus der Landbevölkerung besteht und indirecte Wahlen vorzunehmen hat, seine Deputirten (Wahlmänner) vom 27. bis einschließlich 30. März zu wählen hat. Die gewählten Deputirten begeben sich alsdann bis zum 9. April in die Hauptstädte der Districte, und nehmen daselbst die Wahl der Deputirten des vierten Wahlcollegiums vor. Das erste Wahlcollegium hat seine Deputirten am 3. April vorzunehmen, das zweite Collegium am 5.

April, das dritte am 7. April, so daß sämtliche Deputirtenwahlen in dem Zeitraum vom 3. bis 9. April beendet sein werden.

Der Einfluß, welchen die eben gestürzte Partei der Herren Rosetti-Bratiano auf die Wahlen nehmen kann und wird, ist immer noch ein sehr großer, da der größte Theil der Präfekten, Subpräfekten und Primare (Bürgermeister) unter dem Ministerium Bratiano ernannt wurde, und sich immer noch mit der Hoffnung schmickelt, Bratiano werde wieder an das Ruder kommen. Auch setzen die „Rothen“ schon jetzt alle ihre Hilfsmittel in Bewegung, um die Wahlen zu ihren Gunsten zu lenken.

Die erste Demonstration wird bereits übermorgen Abends im Slatineano-Saale stattfinden, woselbst abermals ein Partei-Meeting abgehalten werden soll, zu welchem einestheils die Wahlbesprechungen, andererseits die Rechenschaftsberichte der letzten Deputirten der Hauptstadt, die sämtlich der Actionspartei angehören, den Vorwand geben. Auch die übrigen Ex-Deputirten der Rothen haben ihre Abreise in ihre Heimatsorte verschoben, um dieser Versammlung beizuwohnen zu können, in welcher es voraussichtlich wiederum sehr stürmisch hergehen und an aufreizenden, regierungseindlichen Reden nicht fehlen wird. Was die Herren Rosetti, Bratiano in der Kammer täglich nicht sagen konnten, werden sie jetzt im Slatineano-Saale vortragen oder von ihnen ergebene Dienern vortragen lassen. Die Regierung ist indessen auf der Huth und hat ihre Vorsichtsmaßregeln in der Stille getroffen, und sie thut wahrlich wohl daran.

Der „Romanul“ verabsäumt natürlich nicht, der Wahl-Agitation das Terrain vorzubereiten, und klagt die Minister an, daß sie die Kammer nur aufgelöst hätten, um Graf Beust und die Pesther Regierung zufrieden zu stellen. So unfinnig diese Behauptung auch ist, da die letzten Kammerdebatten zur Evidenz erwiesen haben, daß die romanischen Minister die Kammer auflösen mußten, wenn sie Minister bleiben wollen. So findet sie doch einen empfänglichen Boden und gläubige Herzen. Rosetti kennt seine Leute, welche ihm Alles aufs Wort glauben, wenn nur die gehörige Dosis Schmeichelei und Nationaldünkel dabei ist — an welcher er keinem seiner Artikel fehlen läßt. (Pr.)

### Journalstimmen.

Arad, 19. Februar.

„Naplo“ bespricht die Candidatenrede Jókai's vor seinen Wählern in der Theresienstadt. In vielen Punkten stehe, wie aus der Rede hervorgeht, Jókai der Deakpartei viel näher, als man glauben mag, und was die Reformfragen anlangt, die Jókai berührte, so zeugen dieselben weder für, noch gegen die Deakpartei, denn bis jetzt konnte man sich mit denselben gar nicht befassen. —

Einem im „Naplo“ enthaltenen offenen Briefe Anton Zichy's an Moriz Jókai entnehmen wir folgende Stellen:

Du sagtest unlängst in einer Deiner Reden, daß ein einziges „gemeinames“ Kriegsschiff so viel koste, als unser Justiz- und Unterrichtsbudget zusammengenommen ausmacht. Ja, es ist wahr, daß ein solch gepanzertes Ungethüm mehr als vier Millionen kostet. Nun sage mir aber, lieber Freund, wird diese Summe geringer werden, wenn ein solches Schiff nicht gemeinam, sondern exclusiv ungarisch sein wird?

Gegenwärtig tragen wir zu den vier Millionen, die wir, nebenbei gesagt, heuer nicht votirten, 30 Procent bei, wenn wir aber keinen Genossen haben, der die anderen 70 Procent zahlt — müßten wir da nicht die ganze Summe allein bezahlen, wenn nämlich besagtes Schiff zur Verteidigung des ungarischen Littorale nöthig wäre? Und wie wäre es um eine ungarische Marine überhaupt bestellt, und wie stände es um Fiume?

In einem Deiner Artikel sagtest Du die Rechte sei eine Abstimmungsmaschine gewesen. Es ist möglich, daß Ihr irgend einen besseren Modus finden werdet, um die gemeinsamen Beziehungen auszutragen; aber bis dahin sage doch nicht, daß wir Abstimmungsmaschinen gewesen. Wie wir uns Orvidic gegenüber verhielten, davon mögen Kerkapolyi und Ohyzy Zeugniß geben; was für Gesicht wir zu der gemeinsamen Verwaltung der Staatsschulden machten, das wird Dir Csengeri auseinanderlegen. Oder frage Se. Excellenz den gemeinsamen Finanzminister Becke, dessen Budget eben in Folge der ungarischen Abstimmungsmaschine von 5,019,439 auf 223,000 fl. herabschnolz. Zichy erwähnt hierauf noch, daß er selber es war, der dem Admiral Tegethoff die Summen zur Anschaffung neuer 6 Panzerfregatten gestrichen; Jókai möge daher urtheilen, ob die Majorität wirklich bloß eine Abstimmungsmaschine war.

Gegen die geistige Argumentation des ehemaligen Abgeordneten vom Taber Bezirke ist allerdings nur wenig oder gar nichts einzuwenden. —

„Hozánt“ macht dem Justizminister den Vorwurf, daß mit der Organisation der Curie noch immer nicht begonnen, und auch den Beschluß des Reichstages, wonach die von der früheren Regierung ernannten Richter, welche der Minister beizubehalten gedenkt, mit der Gegenseignung des Justizministers versehen, Ernennungsdecrete ergaltn sollen, nicht ausgeführt habe.

Paul Zámbov schreibt im „Hozánt“ gegen die bedauerlichen thätlichen Ausschreitungen, zu welchen es an manchen Orten zwischen den Anhängern der verschiedenen Parteien gekommen.

Wir lieben alle das Vaterland — sagt Zámbov — aber wie? Das ist keine Vaterlandsiebe mehr, das hat gar keinen Namen. Blut, das auf solche Weise vergossen wird, ist nicht heilig, es beschmutzt den Boden des Vaterlandes, das Princip, für welches es vergossen wird, es beschmutzt die Nation vor dem Auslande. Ein Sieg, mit solchen Mitteln errungen, ist kein Sieg, sondern ein directer Angriff auf die Verfassung. Wenn die Fahnen sich nicht beugen können, wofür, so mögen die Personen und Interessen sich beugen, das ist die Vaterlandsiebe, das erwartet die Welt von einer Nation, die seit tausend Jahren politisch lebt. Sprechen wir nicht in vierhundert Wahlbezirken vor ganz Europa aus, daß wir politisch unweis sind. —

„Szabadunk“ ist mit dem Trefort'schen Projecte, die Staatsdomänen zu verkaufen, nicht einverstanden. Daß die

Domänen nur 1/2 oder 1/3 Procent abwerfen, sei kein genügender Grund dafür, dieselben zu verkaufen, sondern müsse man trachten, das Erträgniß zu erhöhen. Ebenso wenig könne als Grund dafür gelten, daß man die Staatsausgaben nicht verringern könne; dies müßte erst genau untersucht werden, und müßte man zu diesem Behufe das Budget einem so gründlichen Studium unterziehen, wie dies einst Dr. Gieska mit dem Militärbudget gethan. Außerdem bleibe zu berücksichtigen, daß der Werth des Bodens in Ungarn gegenwärtig nicht bedeutend ist, jedenfalls aber in Zukunft zunehmen wird; es könne daher nicht gerathen sein, die Domänen jetzt vielleicht um die Hälfte des Preises zu verkaufen, den man später erzielen könnte. Wenn die Staatsdomänen wirklich so geringen Nutzen abwerfen, so möge man dieselben in Parzellen von 200—2000 Joch verpachten, und der Staat werde 6—8mal so viel Einkommen davon haben, als gegenwärtig.

In ähnlicher Weise spricht sich „Hon“ gegen den Verkauf der Domänen aus.

### Israelitischer Congress.

Pest, 18. Februar.

In der heutigen Sitzung wurde angezeigt, daß Herr Moriz Gerszl seinen Bericht über die Untersuchung der Wahl zu Baag-Verse eingereicht hat. — Der Präsident zeigt an, daß 56 Mitglieder des Congresses an den Cultusminister ein Schriftstück gerichtet, und eine Abschrift davon dem Präsidium des Congresses übergeben haben. Dieses Schriftstück sei ein Pamphlet, gleich denjenigen, die vor dem Congreß erschienen sind, und nach demselben wahrscheinlich das Land überschweben werden. Es stroge von Entscheidungen und Unrichtigkeiten, und sei nicht wert, daß der Congreß es weiter beachte. (Zustimmung.) — Hierauf wird die Specialdebatte bei §. 6 des Wahlstatuts fortgesetzt und werden die meisten Paragraphen ohne Debatte und unverändert, einige aber mit unwesentlichen Modificationen angenommen.

### Vorläufige Entscheidung im Proceß Karaghyorghevic's.

Pest, 18. Februar.

Um halb 12 Uhr zog sich der Gerichtshof, nachdem der öffentliche Ankläger und die Verteidiger replicirt und duplirt hatten, zurück, und sagte nach zweifelhändiger Berathung Punkt halb 2 Uhr folgenden Beschluß: Der Gerichtshof erkennt das vorhandene Material als rechtlich genügend, um die bisher in Voruntersuchung befindlichen Alexander Karaghyorghevic's, Paul Trifkovic's und Philipp Stanokovic's wegen des Verbrechens der Theilnahme an der Ermordung des Fürsten Michael in den Anlagelstand zu versetzen. — Gegen diese Entscheidung melden die drei Verteidiger der Angeklagten die Berufung an.

### Neuestes

Wien, 18. Februar. Einer Meldung der „Presse“ zufolge sind die belgischen Gesandten an allen großen Höfen angewiesen worden, im Namen ihrer Regierung ausdrücklich zu erklären, daß Preußen nicht den leichsten Versuch gemacht, die Action der belgischen Regierung und Gesetzgebung zu beeinflussen, sondern daß Belgien nur klares Conventionsrecht geübt ohne Hintergedanken, Frankreich zu beleidigen.

Die „öfterr. Correspond.“ berichtet: Der belgisch-französische Conflict in der Bahnangelegenheit wurde zur friedlichen Verständigung gebracht. Die belgische Regierung protestirt gegen die Verdächtigung, daß sich die Regierung von anderen als streng wirtschaftlichen Motiven leiten ließ.

Paris, 18. Februar. Wegen Belgien herrscht hier große Aufregung. Im Ministerrathe sprachen alle Minister mit Entrüstung über das Verfahren des Nachbarlandes in der Eisenbahnfrage. — Die von Walewski überbrachten Depeschen wurden gestern im Ministerrathe verlesen.

Paris, 18. Februar. Der Minister des Innern erließ ein Circulars schreiben wegen Mißbrauch der Redefreiheit in den Versammlungen. Das Circular sagt: die Regierung könne die bisherigen Ausschreitungen nicht mehr dulden.

Paris, 18. Februar. Der „Constitutionnel“ polemisiert scharf gegen die Journale, welche Belgiens Vorgehen in der Eisenbahnfrage verteidigen, indem er nachweist, daß dieser Vorgang einen für Frankreich verletzenden Character habe. — Der „Constitutionnel“ bekämpft die Uebertreibungen wegen eines nahen Bruches und glaubt, daß das belgische Ministerium eine befriedigende Aufklärung gebe, oder einen Appell an die kaiserliche Regierung richten werde. Es ist zu erwarten, daß das belgische Volk seinen wohlverstandenen Interessen angemessen die unangenehmen Konsequenzen des votirten Gesetzes annuliren werde.

Paris, 18. Febr. Die Conferenz hatte sich heute versammelt. Spanische Privatberichte betrachten die Wahl Fernando's als gesichert.

Florenz, 18. Febr. Die Kammer genehmigte die Posconvention mit dem Nordbunde. Der Finanzminister legte ein provisorisches Budget für zwei Monate vor.

Madrid, 18. Febr. In der heutigen Correesitzung war eine lebhafteste Scene zwischen dem Ministerium und der linken Partei, welche auf den vom Ministerium gebrachten Vorwurf, daß die Republikaner die Gütertheilung gepredigt hätten, lebhafteste Protestationen erhob. Nachdem der Minister zur Desavouirung dieser Principien die Republikaner beglückwünschte, ward der Zwischenfall erledigt. In der gestrigen Majoritätsversammlung der Cortesmitglieder wurde beschloffen, Serrano mit der Neubildung des Cabinets zu beauftragen.

Bukarest, 18. Februar. Durch ein Decret des Fürsten Carl wurde die Zulassung der Israeliten zu allen Aemtern und zu Beschäftigungen im Fache der öffentlichen Bauten angeordnet.

### Mittheilung

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 18. December v. J. über Antrag des Reichskanzlers, Ministers des kaiserlichen Hauses und des Aeußern, den Agenten und Generalconsul in Bukarest, Carl Freiherrn v. Eder zu Allerhöchstdem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am königlich griechischen Hofe allergnädigst zu ernennen und den dadurch in Erledigung gekommenen Posten eines k. k. Agenten und Generalconsuls für die vereinigten Fürstenthümer der Moldau und Walachei dem Legationsrathe Nicolaus Zulauf Ritter v. Pottenburg huldreichst zu verleihen geruht.

(Ernennung.) Se. Majestät haben den hon. Secretär im Ministerium des Innern Emerich Sárvari zum wirklichen Ministerialsecretär allergnädigst zu ernennen geruht.

### Tagesneuigkeiten.

Arad. Die geehrten Herren Wähler unserer Stadt werden hiermit aufmerksam gemacht, daß die Aufnahme der Wähler nur noch heute (Samstag) von 9 bis 12 Uhr Vormittags und von 3 bis 5 Uhr Nachmittags stattfindet und von da ab die Conscriptio-Commission ihre Thätigkeit beschließt. Wer demnach in den Wahllisten noch nicht aufgenommen wurde, möge sich beeilen dies zu veranlassen, da er sonst eines der schönsten constitutionellen Rechte für die bevorstehende Deputirtenwahl verluftig würde.

\* Die croatische Reise Ihrer Majestäten scheint nun definitiv festgestellt. Wie die „Agramer Ztg“ mittheilt, werden der König und die Königin am 8. März in Agram eintreffen, und die Residenz des Banus beziehen. Der Aufenthalt ihrer Majestäten in Agram dauert bis zum 13. März. Während dieser Zeit werden Ausflüge nach Bellowar und Petrinia unternommen, und am 13. die von uns signalisirte Reise des Königspaars nach Fiume angetreten. Der Landtags-Präsident Bakanovic hat die bevorstehende Wiedereröffnung des croatischen Landtages den Abgeordneten in folgendem Schreiben zur Kenntniß gebracht: „Die verlagten Sitzungen des Landtages der Königreiche Croation, Slavonien und Dalmatien werden am 1. März 1869 in der Landeshauptstadt Agram wieder aufgenommen. Wobon die pl. t. Herren Landtagsmitglieder vorläufig verständigt werden. Agram, 14. Februar 1869. Der Landtags-Präsident: Anton Bakanovic.“

\* Bei Ali Nizam Bey, dem türkischen Oberconsul in Pest, hat Dienstag eine Deputation ungarischer Emigranten vom Jahre 1849 ihre Aufwartung gemacht. Der Sprecher der Deputation, Honvédhauptmann Grosz, drückte im Namen Aller den Dank aus für die freundliche Aufnahme, welche sie während ihres Exils in der Türkei gefunden. Er schloß seine Rede mit dem Ausruf: Padisa bin jasza! (Der Sultan lebe noch tausend Jahre!) Ali Nizam Bey empfing die Deputation in auszeichnender Weise und dankte ihr für die freundliche Aufmerksamkeit. Daß die ungarischen Flüchtlinge freundschaftlich aufgenommen wurden in den Zeiten der Verfolgung, sei nur natürlich gewesen, weil der Türkei in den Ungarn eine Brudernation erblickt, wie denn in der Levante nur die Namen zweier Nationen in dem Munde des Volkes sind: der Ungarn, als eines guten Freundes und der Russen als Feinde; alle übrigen Nationen seien nur unter der Collectivbenennung „Franken“ bekannt.

\* (Militärisches.) Die „Milit. Ztg.“ meldet: Die in unserer letzten Nummer enthaltene Nachricht vom Rücktritte des commandirenden Generals von Wien, FZM. Ernst Hartung, hat leider nur zu rasche Bestätigung erfahren, indem derselbe bereits sein Gesuch um Pensionirung an das Reichs-Kriegsministerium geleitet hat. Als Nachfolger nennt man den G. v. C. Freiherrn v. Gablenz. Zum Commandirenden im Agramer Generalate soll FZM. v. Russewich bestimmt sein.

\* (Erdbeben.) Man schreibt aus Linz, 15. Febr.: Bereits im vorigen Monate hatten wir hier Erdbeben, wenn auch im verjüngten Maßstabe, die unsere Nachbarschaft im Norden in Angst und Schrecken versetzten und schon wieder haben wir von zwei Erdstößen zu berichten, die in jüngster Zeit bei uns verspürt wurden. Die erste Erschütterung dieser zweiten Periode fand in der Nacht vom 6. Februar statt, in selber Gegend wie im Monate Jänner, die zweite am 11. Februar um 3 1/2 Uhr Morgens. Der erste, ein verticaler Erdstoß, wurde am meisten verspürt und berührte am stärksten die Gegend von Raasdorf, war aber momentan so heftig, daß die Geräthe auf Tischen und Kästen schwankten, worauf ein 1 1/2 Minuten starkes donnerähnliches Rollen folgte.

\* Ein Telegramm von 17. d. M. aus Köln meldet: „Das Stadttheater heute Nacht abgebrannt, steht noch in Flammen, acht Personen todt, großes Unglück.“ In einem anderen Telegramme heißt es: „Die bei dem Theaterbrande vermißten, eine ganze Familie, Mann, Frau und fünf kleine Kinder, sind sämtlich verbrannt. Ein Todesfall wurde durch Einsturz einer Mauer herbeigeführt.“ Das abgebrannte Theater steht erst seit vier Jahren zum Ersatz des alten, ein Jahr früher abgebrannten Theaters.

\* (Der Carneval in Rom.) Der diesjährige Carneval ging in Rom am 9 d. bei strahlendem Frühlingswetter klanglos zu Ende. Er war kaum durch einige Wagen belebt; auch die Maskenbälle in den Theatern blieben meist leer. Das Schönste, was er darbot, war der erste Bazar Roms, das heißt eine Ausstellung von Verkaufsartikeln zum Besten einer Blindenanstalt, wobei die vornehme Damenwelt die Verkäuferinnen machte. Es hatte dazu der Stadt-magistrat einen der schön decorirten Säle des Conservatoren-Palastes hergegeben. Die nonnenhafte Frauenklütze Roms war dort selbst ausgestellt in reizenden kleinen Boutiken, wo sie mit Grazie Begehrenswürdiges feilbot, auch reich



